

# Die Meuterei in der englischen Flotte.

## Kommunistische Agitation.

London, 16. Sept. Es scheint festzustehen, daß es sich bei der Bewegung unter den Seeleuten lediglich um einen Protest gegen die Soldkürzungen handelt, die zum Teil 25 Prozent betragen. Antimonarchistische Motive scheinen der Streikbewegung nicht zugrunde zu liegen; denn die Mannschaften haben verschiedentlich ihre Loyalität der Monarchie gegenüber durch Ausbringen von Hochrufen auf den König zum Ausdruck gebracht. Daß immerhin auch kommunistische Propaganda am Werke ist, ist allerdings nicht zu leugnen, wie die Demonstrationen in den Kantinen am Sonntag zeigten, bei denen die „rote Flagge“ gesungen wurde. Wie es heißt, wurden durch kommunistische Agitatoren Gerüchte in Umlauf gesetzt, die das Ausmaß der Soldkürzungen übertrieben darstellten. Die Haltung der Mannschaften ist die der passiven Resistenz. Die Lage ist jedoch ruhig und die Leute erwarten die Entscheidung der Admiralität.

Die erste Massengehorsamsverweigerung fand Dienstag morgen um 8 Uhr statt. Kurz nachdem unter den Klängen der Musikkapellen die Flaggen gehißt wurden, erging der Befehl, die Anker zu lichten. Diesem Befehl wurde nicht Folge geleistet. Stattdessen brachten die Mannschaften ein dreimaliges Hoch auf den König (V) aus und setzten sich dann rituell auf die Ankerketten, um ihre Achtung zu verweigern. Nachdem die Ausfahrt der Flotte unmöglich gemacht war, vertrieben sich die Seeleute die Zeit mit Musikern und Spielen. Der heutige Tag verlief ähnlich. Wieder wurden die Flaggen zu den Klängen der Kapellen gehißt.

Die atlantische Flotte besteht einschließlich der Hilfsfahrzeuge aus ungefähr 40 Schiffen mit einer Besatzung von zusammen 16 000 Offizieren und Mannschaften.

London, 17. Sept. Sämtliche Schiffe der atlantischen Flotte haben gestern abend die Fahrt nach den heimischen Häfen angetreten. Es gab einige Verzögerung, bis den Mannschaften die Zusicherung gegeben war, daß die heimischen Häfen der Bestimmungsort der Schiffe seien.

Die Admiralität veröffentlichte eine Erklärung, worin nachgewiesen wird, daß sich die 25prozentige Soldkürzung in der englischen Flotte nur auf den Grundlohn bezieht, während die übrigen Zuwendungen einschließlich der Bezüge für die Familie davon nicht betroffen werden, so daß die Herabsetzungen im Vergleich zu den Gesamtbezügen nur 7,7 Prozent bis 13,6 Prozent betragen. Die größtmögliche Kürzung trifft die jüngsten und meist unverheirateten Grabe. Da jedoch eine Reihe von diesen vor Erreichung des für die Familienzuwendungen vorgeschriebenen Alters geheiratet haben, werden sie durch die Kürzungen besonders hart getroffen, und es werden in diesem Zusammenhang Erschwerungen erwogen.

In einem im Namen der Seeleute an die Admiralität gerichteten Schreiben wird eine Milderung der drakonischen Lohnkürzungen verlangt, die die am niedrigsten bezahlten Matrosen erleiden würden. Die Seeleute, die sich als gefohlene Untertanen des Königs bezeichnen, erklären, sie seien mit einer vernünftigen Lohnsenkung einverstanden.

Die englischen Verjuche, die Meuterei als eine harmlose Angelegenheit hinzustellen, sind verständlich, werden aber durch eine Reihe von Meldungen Lügen gestraft, die den ernsthaften Charakter der Unruhen beleuchten.

„Star“ spricht davon, daß die Seeleute der atlantischen Flotte in den Streik getreten seien. Der Ausdruck „Streik“ der Gehorsamsverweigerung gleichzusetzen ist, ist eine noch unbeantwortete Frage. Auf dem Linienschiff „Rodney“ weigerte sich die Mannschaft, die Boote, die den Verkehr zwischen Schiff und Land unterhalten, zu besetzen. Auf dem Kreuzer „Port“ hat am Dienstag nacht, nachdem im Schiff „Licht aus“ gepfeifen war, eine geheime Versammlung der Mannschaft stattgefunden, in der beschlossen wurde, sich dem Streik anzuschließen. Die Großkampfschiffe „Hood“, „Malaya“, „Repulse“, „Barpitt“ und die Kreuzer „Dorsetshire“, „Norfolk“ und „Exeter“ sind

ebenfalls von der Streikbewegung ergriffen. Die Mannschaften haben sich zwar noch keine Ausschreitungen zuschulden kommen lassen, jedoch ist die Lage sehr gespannt. Die Matrosen erklären, sie würden auf ihrer Gehorsamsverweigerung bestehen, wenn die Admiralität ihre Forderungen nicht erfüllt.

„Daily Telegraph“ berichtet aus dem schottischen Hafen Invergordon, wo die Hauptmacht der Flotte liegt: Daß große Erbitterung über die Herabsetzung der Löhne herrschte, war schon bekannt, aber sie fand erst am Sonntag in der Seemannskantine in der Stadt alarmierenden Ausdruck. In diesem Tage befanden sich ungefähr 700 Urlauber an Land. Von verschiedenen Schiffen wurden darauf Nachabteilungen gelandet, was die erwünschte Wirkung hatte. Als aber die Urlauber sich am Pier versammelt hatten, um auf ihre Schiffe zurückzukehren, gab es eine weitere lärmende Kundgebung. Am Montag dauerten die Proteste an. Eine Versammlung in der Kantine wurde aufgelöst, und 600 Seeleute begaben sich darauf zum städtischen Sportplatz, wo die Frage erörtert wurde, in welcher Weise gegen die Lohnverminderung Widerstand geleistet werden könne. Am Dienstag erhielt niemand Urlaub, aber Gesänge und gelegentliche Beifallskundgebungen waren an der Küste hörbar, woraus geschlossen wurde, daß zumindestens auf einigen Schiffen die Mannschaften ihre Beschwerden erörterten.

Am Morgen des Dienstag sollen sich, wie „Evening Standard“ meldet, mehrere hundert Mann des Linienschiffes „Rodney“ um den Geschützturm herum versammelt haben. Sie hätten einen Gassenhauer gesungen, und einer von ihnen habe mit lauter Stimme gerufen, ob die Mannschaften etwa einmütig seien. Die Besatzung des in der Nähe liegenden Schlachtkreuzers „Hood“ habe laut mit Nein geantwortet, und dieser Ruf sei durch die ganze Flotte gegangen.

## Die Regierung gibt nach.

### Unterhausdebatte über den Flottenstreik.

London, 16. Sept. Der Erste Lord der Admiralität, Außen Chamberlain, erklärte im Unterhaus: Die Admiralität hat die Vorstellungen des Oberbefehlshabers der Atlantischen Flotte über die Benachteiligung der Seeleute einiger Soldklassen durch die von der Regierung angeordneten Kürzungen der Löhne geprüft. Die Regierung hat die Admiralität ermächtigt, Vorschläge zu machen, um die Lage der Seeleute in den angeführten Fällen zu erleichtern, sobald die Tatsachen durch die geplante Untersuchung bestätigt sein werden. In diese Erklärung schloß sich eine Aussprache, die zum Teil recht lebhaft Formen annahm. Das Unterhausmitglied von Portsmouth, Kapitän Hall, bemerkte, daß die Seeleute Kürzungen um 25 Prozent erlitten, während der Erste Lord der Admiralität und andere geringere Kürzungen erfahren. Denken Sie daran, so fragte er den Ersten Lord der Admiralität, daß diese Leute nicht in der Lage sind, ihren eigenen Fall zu vertreten? Chamberlain erklärte hierauf unter Peifall und Gegenanderrungen: Ich kann die aufgestellte Behauptung nicht entgegennehmen und mißbillige Fragen dieser Art. Der ehemalige Erste Lord der Admiralität, Alagon, der (Arbeiterpartei) begrüßte die geplante Revision der Kürzungen und fragte, ob der Premierminister die Absicht habe, eine solche auch bei allen anderen Kürzungen vorzunehmen. Macdonald drückte sein Bedauern darüber aus, daß diese Frage geklärt worden sei. Der Fragesteller habe genau gewußt, daß von vornherein deutlich die Auffassung vertreten worden sei, den Reforms die Verteilung der durch die Etatskürzungen notwendigen Sparmaßnahmen selbst zu überlassen. Der Abg. Kenworthy war der Regierung vor, daß sie nicht vor Bekanntgabe der Kürzungen eine Untersuchung über die Lage bei der Flotte angestellt habe, worauf Chamberlain darauf hinwies, daß die Regierung sich bei Amtsantritt einer Situation gegenübergesehen habe, die rasches Handeln erfordert habe. Weiteren Verjuchen, die Debatte über diesen Punkt auszudehnen, wurde von dem Sprecher ein Ende gesetzt.

## Priemer in Italien.

Wie aus Marburg (Jugoslawien) gemeldet wird, war zwischen dem italienischen Konsulat in Laibach und der Belgrad-italienischen Gesandtschaft die Frage der Einreise der Priemers geregelt worden, so daß er beim Ueberstreiten der italienischen Grenze keine Schwierigkeiten hatte. Er soll beabsichtigen, zunächst in Italien zu bleiben.

## Die Angestellten fordern Rechtsregierung.

Berlin, 16. Sept. Der Reichsbund Deutscher Angestelltenberufsverbände hat in diesen Tagen seinen Vorstand einberufen, um zu der gegenwärtigen Lage Stellung zu nehmen. In einer Entschließung wurde auf die Erklärung des Reichslanzlers hingewiesen, daß mit einer Arbeitslosenziffer von 7 Millionen in dem unmittelbar bevorstehenden Winter zu rechnen sein werde. Vergeblich wartete die Arbeitnehmererschaft darauf, daß die Regierung wirklich ernsthafte Sanierungsmaßnahmen treffe. Während in England selbst der Führer der bisherigen Arbeiterpartei durch die Bildung einer nationalen Einheitsregierung alle Volkskräfte zur Rettung zusammenfasse, trübte sich bei uns die Regierung immer noch, endlich die notwendige Regierungsweiterung nach rechts zur vollen Aktions- und Handlungsfähigkeit vorzunehmen.

## Die Nationalsozialisten zur preußischen Wahlreform.

Berlin, 16. Sept. Auch die parteiamtliche Stellungnahme der preußischen Landtagsfraktion der Nationalsozialisten zu der von der Staatsregierung verfügten Heraufsetzung des Wahlquotienten von 40 000 auf 60 000 und der dadurch bedingten Verkleinerung des Preußenparlamentes liegt jetzt vor. Diese Stellungnahme sagt, daß die nationalsoz. Abg. Aube und Haake bereits 1930 in einer kleinen Anfrage den Abbau der Parlamente in Reich und Ländern aus Sparmaßnahmeträgen verlangt hätten. Der damalige preußische Innenminister Wäntig habe auf diese Anfrage erwidert, daß die Frage der Wahlreform für Preußen zurückgestellt werden müsse, bis über eine Reform des Wahlrechts im Reich entschieden sei. Die Nationalsozialisten, so schließt die parteiamtliche Erklärung, sind der Auffassung, daß die jetzigen Vertreter der Regierung sich nicht mehr auf die Mehrheit des Volkes stützen können und daher nicht berechtigt sind, eine Wahlreform durch Notverordnung zu ertlassen.

## Der neue Stand der Wirtschaftsprüfer.

Berlin, 16. Sept. Im Preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe sind die Grundzüge für die öffentliche Bestellung von Wirtschaftsprüfern sowie die Satzungen für die Hauptstelle, Richtlinien, Zulassungsbedingungen und Prüfungsordnung fertiggestellt worden. Industrie- und Handelskammern, Landwirtschafts- und Handwerkskammern werden bei der Durchführung wichtige Aufgaben zu erfüllen haben. Von den Landesregierungen werden solche Stellen im Benehmen mit der Hauptstelle und den beteiligten Industrie- und Handelskammern für größere Bezirke errichtet werden. Für die zu bestellenden Wirtschaftsprüfer besteht Freizügigkeit in der Art, daß die Bewerber sich bei jeder der sechs in Preußen bestehenden Stellen zur Zulassung und Prüfung melden können. An diesen Stellen soll in Preußen ein Zusammenarbeiten mit den provinziellen Städtetagen erfolgen, weshalb ein Vertreter des zuständigen provinziellen Städtetages in die Zulassungs- und Prüfungsstelle eintreten wird. Den Vorsitzenden dieser Stelle ernannt der Handelsminister. Die Zulassungs- und Prüfungsgebühren betragen 420 Mk., in Preußen nur 200 Mk.

## Annahme des Stillhalteabkommens.

Neuport, 17. Sept. Der Ausschuß, in dem die Bankiers der Vereinigten Staaten vertreten sind, hat den Vorstehenden der Chase Nationalbank, Wiggan, bevollmächtigt, das Stillhalteabkommen, das die Verlängerung Deutschlands gewährter kurzfristiger Kredite auf 6 Monate betrifft, anzunehmen. Das Abkommen tritt bekanntlich in Kraft, wenn sämtliche Vertragsparteien den Vertrag gezeichnet haben.

## Die Minderheiten wieder enttäuscht.

Genf, 16. Sept. Reichsaussenminister Dr. Curtius hielt heute im politischen Ausschuß der Völkervereinigung bei der Eröffnung der Aussprache über das Minderheitenproblem eine Rede, die in Kreisen der Minderheitenvertreter stark enttäuscht hat. Es wurde allgemein erwartet, daß Curtius in weit stärkerem Maße, als es geschah, die tatsächlichen Leiden der Minderheiten und das völlige Fehlen des Völkervereinigungsgesetzes für die Minderheiten feststellen werde. Man vermist daher einen Hinweis auf die erschütternde Lage der Millionen von Minderheiten, ihre seelische und materielle Notlage sowie ihre Rechtlosigkeit. Auch wird ein Hinweis auf die fortgesetzte Verletzung der Minderheitenschutzverträge in zahlreichen Ländern vermist.

## Das Reichsbanner nahm französisches Geld zur Agitation gegen Hindenburg.

Berlin, 16. Sept. Vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte begann heute ein Prozeß, in dessen Verlauf es sich herausstellte, daß über die Deutsche Friedensgesellschaft im Jahre 1928 30 000 französische Franken an die Deutsche Liga für Menschenrechte überwiesen worden sind mit der ausdrücklichen Zweckbestimmung, daß dieses Geld für die Wahlpropaganda des Reichsbanners gegen die Wahl des Reichspräsidenten von Hindenburg zu verwenden sei.

Es handelt sich um den Beleidigungsprozeß, den der Geschäftsführer der Deutschen Friedensgesellschaft, Küster, gegen eine Reihe von Zeitungen wegen der Behauptung angeklagt hat, die Deutsche Friedensgesellschaft habe geheime Subventionen von ausländischen Regierungen bezogen, so von der polnischen, tschechoslowakischen und französischen Regierung bzw. von Stellen, die diesen Regierungen nahe stehen. Diese Behauptungen waren in erster Reihe aus den Kreisen der deutschen Friedensgesellschaft selbst vorgebracht worden, und sie verübten sich dahin, daß der bekannte Pazifist Prof. Dr. Friedrich Wilhelm Förster, der jetzt in Paris lebt, die Mittelsperson bei den Zuwendungen gewesen sein soll. Am 4. Juni ist Förster vom Legationssekretär Freiherrn von Walhon in Gegenwart des Privatklägers Küster und der Rechtsanwältin Dr. Fohn und Dr. Sack in Paris vernommen worden und hat unter Eid ausgesagt: Die Deutsche Friedensgesellschaft habe durch seine Vermittlung keinerlei Gelder aus irgendwelchen Regierungen, oder Geheimfonds erhalten. Es sei gesagt worden, daß im Jahre 1928 oder 1924 Herriot durch seine Vermittlung eine Summe von 30 000 Franken habe an die Deutsche Friedensgesellschaft gelangen lassen. Das sei nicht richtig. Richtig sei vielmehr, daß ein Mitglied des Zentralkomitees der Französischen Liga für Menschenrechte durch Vermittlung von Prof. Basch an ein Vorstandsmitglied der Deutschen Liga für Menschenrechte, Schwann, eine Summe in der genannten Höhe übermittlelt habe, welche für die Wahlpropaganda des Reichsbanners gegen die Wahl des Reichspräsidenten von Hindenburg bestimmt war. Er habe sich damals in Zürich befunden und die Mitteilung über die Geldzuwendung durch Schwann erhalten, der ihn im Auftrag von Prof. Basch bat, auf Wunsch des Geldgebers diese Zuwendung zu bekämpfen. Auf Grund einer falschen Vermutung habe er in einem Briefe geschrieben, daß diese Zuwendung von Herriot stamme. Diese Angabe sei aber ein Irrtum gewesen, er habe seine Angabe auch richtiggestellt.

Die aus der Tschechoslowakei stammenden Gelder hätten mit Geheimfonds und Regierungsgeldern nichts zu tun. Die Tschechische Liga für Menschenrechte habe Zuwendungen an die Deutsche Liga für Menschenrechte zum Zwecke der Propaganda des Pazifismus in Deutschland gemacht. Es sind Summen in einer Gesamthöhe von etwa 35 000 Mark nach Deutschland gelangt. Mit Zuwendungen aus polnischer Quelle habe er niemals etwas zu tun gehabt.

## Der ungarische Außenminister reist nach Genf.

Budapest, 16. Sept. Das Ungarische Telegraphenbüro meldet: Der Finanzausschuss des Völkervereinigung hat in den letzten Tagen eingehend die Aktien studiert, die ihm von dem Fachdelegierten Ungarns über die Finanzlage des Landes zur Verfügung gestellt wurden. Da es für wahrscheinlich gilt, daß die Arbeiten des Hauptauschusses in einigen Tagen beendet sein werden, wird sich Minister des Auswärtigen, Balko, in den nächsten Tagen nach Genf begeben, um an den Besprechungen teilzunehmen.

Genf, 16. Sept. Briand hat heute Genf verlassen, um nach Paris zurückzukehren.

## Die Suche nach den Allenkäfern.

### Sensationelle Entdeckungen der Budapester Polizei.

Budapest, 16. Sept. „Vester Lloyd“ zufolge wurde bei den polizeilichen Erhebungen zum Via Torbagg Attentat festgestellt, daß der der Wirterschaft verdächtige Martin Leipzig Komplizen gehabt hat. Diese wurden in erster Reihe unter seinen Freunden gesucht. Die Polizei hat Anhaltspunkte dafür gefunden, daß ein ihr bekannter Kommunist aus Via Torbagg, der sich einige Zeit von dieser Gemeinde ferngehalten hatte, dieser Tage in Via Torbagg gesehen worden war. Ein Chauffeur gab auf der Polizei an, daß am Tage des Attentates in der Garage, in der er angehalten ist, ein Mann erschienen war, der ein Auto für eine Fahrt nach der Tschechoslowakei mieten wollte. Nachdem er die Auskunft erhielt, daß man ihm nicht zur Verfügung stehen könne, erklärte er, ein Auto für diesen Zweck für Bargeld sofort kaufen zu wollen. Dieser Wunsch konnte jedoch nicht erfüllt werden. Die Polizei hat auch festgestellt, daß das Erbstück und die Kapseln der Höhenmaschinen ausländischer, die übrigen Bestandteile der Bombe ungarischer Herkunft sind, und daß letztere in Budapest gekauft wurden. Leipzig mußte also direkt nach Budapest gekommen sein, um die Bombe hier herzustellen, und zwar bei seinen Freunden. Es wurden auch in dieser Richtung Recherchen angestellt, die zu einem überaus interessanten Ergebnis geführt haben sollen. Mehrere Personen wurden noch im Laufe der Nacht ausgehoben und zur Polizei gebracht.

## Verhaftungen in der Tschechoslowakei.

Prag, 16. Sept. Sofort nach dem Eingang der ersten Meldungen über das Eisenbahnattentat in Ungarn wurden von den tschechoslowakischen Sicherheitsbehörden Nachforschungen aufgenommen und Sicherheitsmaßnahmen eingeleitet. U. a. wurden auf tschechoslowakischem Gebiet drei Personen festgenommen, die jede Aussage verweigern und deren Identität noch nicht festgestellt werden konnte.

## Spanien auf dem Wege zur Sowjetrepublik

Paris, 16. Sept. Wie Hoops aus Madrid berichtet, hat das spanische Parlament heute mit 170 gegen 152 Stimmen beschlossen, Spanien zu einer „Arbeiterrepublik“ zu erklären.

Madrid, 16. Sept. Die Polizei hat in der Wohnung des verstorbenen früheren spanischen Ministerpräsidenten Primo de Rivera Hausdurchsuchungen vorgenommen und das persönliche Archiv Primo de Riveras beschlagnahmt, das der Untersuchungskommission zugeleitet wurde. Es heißt, daß sich im Archiv Schriftstücke von großer Wichtigkeit befinden.